

**Anfrage der Gruppe Die Linke im Kreistag des Kreises Lippe vom 09.11.2020 (DS-Nr. 124/2020)**  
**- Stellungnahme der Verwaltung**

Vorab: Die in der Anfrage implizierten Vorwürfe an Mitarbeiter und Verantwortliche weise ich zurück. Sie sind haltlos und aufgrund der Entwicklung der Lage und der Zahlen unbegründet. Ich halte es in dieser Situation für angezeigt, sich zunächst sachlich zu informieren und sodann die Situation zu beurteilen und ansonsten die Verwaltung in ihren Bemühungen zu unterstützen.

**Zur Anfrage nehme ich wie folgt Stellung:**

**1. Personalsituation**

Die Personalsituation stellt sich insgesamt wie folgt dar:

- Im Gesundheitsamt sind insgesamt rd. **44 Stellen** (VK) im Stellenplan 2020 eingerichtet. Hiervon sind (**ohne** die situationsbedingt in unterschiedlichem Umfang erforderlichen Mehrarbeitsstunden) rd. **30 Stellen** mit den Maßnahmen der Eindämmung der Covid-19 Pandemie beschäftigt. Hinzu kommen die **13 Stellen** des Kreis-Katastrophenschutzes.
- Aufgrund des Kreistagsbeschlusses vom 05.10.2020 werden **10 Planstellen** zusätzlich in der Gesundheitsverwaltung geschaffen, welche aktuell in der Stellenbesetzung sind (5 MFA und 5 Verwaltungsaufgaben)
- Es ist vorgesehen, im Rahmen des aktuellen Stellenplanes weitere **5 Stellen** zu besetzen (u.a. zentrale Personaleinsatzplanung Personalservice, Organisation Schichtenteilung und Personalplanung und Unterstützung des Krisenmanagements im Gesundheitsamt und FAZ, zentrale IT). Diese werden im Stellenplan 2021 zusätzlich veranschlagt. Die Stellenbesetzung ist im Zulauf.
- Aus der Kreisverwaltung sind zurzeit rd. **70 Mitarbeiter** für Verwaltungsaufgaben an das Gesundheitsamt abgeordnet (insbesondere eingesetzt für Kontaktnachverfolgung, Auswertungsaufgaben, Testungsorganisation und Quarantänenmanagement; der Einsatz erfolgt im Gesundheitsamt und im Bereich des Katastrophenschutzes / FAZ Brake).
- Aufgrund der Kostenübernahmezusage der Landesregierung werden weitere **16 Mitarbeiter** befristet für zunächst 6 Monate eingestellt für die Kontaktnachverfolgung.
- Im Wege der Amtshilfe durch Kommunen sind zurzeit weitere **8 Verwaltungsmitarbeiter** eingesetzt.
- Durch lippische Hilfsorganisationen sind zurzeit rd. **7-10 Mitarbeiter** für mobile Abstrichtteams im Einsatz, durch die Netzwerk Lippe GmbH sind es hierfür **8 Mitarbeiter**.
- Aufgrund eines Amtshilfeersuchens an die Bundeswehr sind zurzeit **30 Soldatinnen** und Soldaten durch die PzBrig 21 gestellt, hiervon sind 20 für Kontaktnachverfolgung, 5 als Fahrer und 5 im Abstrichzentrum eingesetzt. Für die Kontaktnachverfolgung sind weitere **20 Soldaten und Soldatinnen** der PzBrig 21 im Zulauf (**Insgesamt 50**).
- Der Dienstleister für das Abstrichzelt stellt Einweiser im Umfang von **5 Personen**.
- Der Bewachungsdienst stellt weiteres Personal für eine Rund-um-die-Uhr-Bewachung.
- In der zentralen Corona-Hotline 62-1100 beim Kreis Lippe sind zurzeit rd. **50 Mitarbeiter** der Kreisverwaltung im Zweischichtbetrieb im Einsatz. Aufgrund des Aufwuchses der Anrufe wird das Personal hier weiter aufgestockt.

**Zusammenfassung:** Einschließlich des Stamm-Personal des Gesundheitsamtes sind zurzeit rd. **275 MitarbeiterInnen** des Kreises, PzBrig 21 „Lipperland“, Kommunen, Hilfsorganisationen und externer Dienstleister im Einsatz oder im Zulauf. Dies ist das Doppelte wie in der ersten Welle im Frühjahr.

## **2. Einarbeitung**

Bei den KreismitarbeiterInnen und den MitarbeiterInnen der Kommunen handelt es sich weitgehend um ausgebildete erfahrene Verwaltungsfachkräfte. Diese werden durch das Personal des Gesundheitsamtes in ihre Aufgaben eingewiesen und eingearbeitet. Die SoldatInnen der PzBrig 21 wurden für ihre Aufgaben entsprechend durch die Bundeswehr-Dienststellen ausgewählt und werden ebenfalls entsprechend eingearbeitet. Insgesamt ist durch das interne Qualitätsmanagement eine ordnungsgemäße und rechtmäßige Bearbeitung der ordnungsbehördlichen Aufgaben gewährleistet.

## **3. Kosten**

Die Anerkennung der strukturellen Personalaufstockungen durch den vom Bund avisierten Pakt für das Gesundheitsamt ab 02.2020 ist zugesagt. Hierzu sind noch keine Einzelheiten bekannt. Der Bund stellt für 5-6 Jahre rd. 4 Mrd. Euro bereit, hiervon entfallen 3,2 Mrd. EURO auf die örtlichen Gesundheitsämter.

Für die o.g. befristete Einstellung von 16 MitarbeiterInnen wird eine monatliche Pauschale durch das Land in Höhe von 5.200 EUR/MA gezahlt. Stellen und Mittel werden im Haushalt 2020 eingeplant.

Für den Einsatz der SoldatInnen fallen neben den Kosten des Arbeitsplatzes und der Verpflegung keine weiteren Kosten an.

ALLE weiteren Personal- und Sachkosten des Jahres 2020 werden nach dem Kommunalen Haushaltsrecht (KomHVO NRW) im Jahresabschluss 2020 isoliert und soweit möglich ertragswirksam aktiviert. Dies trifft auch für die Haushaltsplanung für das Jahr 2021 zu. Insgesamt wird zurzeit von Corona-bedingten Mehraufwendungen und Mindererträgen im Gesamthaushalt von rd. 11,2 Mio. € ausgegangen (vgl. Bericht im letzten FPA). Ein geringerer Anteil hiervon entfällt auf das Gesundheitsamt und das FAZ.

## **4. IT und Kommunikation**

Für die Organisation der Kontaktnachverfolgung und Abstriche sowie deren Dokumentation etc. wurde intern eine Browser-basierte Datenbanklösung erarbeitet, welche auch mobil eingesetzt wird. Diese wird stetig an die Entwicklungen angepasst. Ohne diese Lösung wäre eine Bearbeitung nicht möglich. Für die Aufgaben werden vorhandene Endgeräte und die insgesamt auskömmliche Infrastruktur und Netzwerktechnik eingesetzt. Zusätzliche Arbeitsplätze werden mit digitalen Endgeräten ausgestattet. Hierfür reichen die im IT-Bereich bereitstehenden Reserven bisher aus. Ggf. wird überplanmäßig nachbeschafft.

## **5. Arbeitsplätze**

Im Klinikum-Verwaltungsgebäude Lemgo sind zurzeit rd. 900 qm zusätzlich angemietet. Alle Schulungs- und Besprechungsräume am FAZ sind belegt. Zusätzlicher werden am FAZ 20 mobile Container mit Doppelarbeitsplätzen eingerichtet. Für die Hotline werden vorhanden Büros und Überlaufplätze in der Kreisverwaltung genutzt.

## **6. Kontaktnachverfolgung**

Die Kontaktnachverfolgung ist aktuell insgesamt gewährleistet. Durch arbeitsschutzrechtlich indizierte Einschränkungen u.a. an den Wochenenden und den Randzeiten, kann es dort insbesondere in der Hotline zu Wartezeiten kommen. Insgesamt ist die Einrichtung eines durchgehenden Zwei-Schichtbetriebes in der Umsetzung. Aufgrund der großen Anzahl der Kontakte und des diffusen Infektionsgeschehens ist die Organisation des Abstrichgeschehens und die Kontaktnachverfolgung insgesamt sehr zeitaufwendig. Bei einem weiteren Anstieg der Zahlen in dem bisherigen Tempo wird eine Clusterung, wie bei vielen anderen Gesundheitsbehörden schon, erforderlich werden können.

## **7. Prognose**

Eine verlässliche Prognose des Fortgangs ist insgesamt nicht möglich. Hierfür werden im Krisenstab mindestens wöchentliche Beratungen und Konsultationen mit allen Fachleuten der einzubeziehenden Dienststellen vorgenommen.

In Vertretung

gez. Grabbe  
Kämmerer